

Dobrindts Asylpolitik, Abgeordnete und der Fall Sidat - Leserbriefe in der Oberhessischen Presse

Halbherziger Schritt in die richtige Richtung

Zu dem von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) angekündigten erleichterten Zugang von Asylbewerbern zum Arbeitsmarkt:

Die Bundesregierung will Menschen im Asylverfahren künftig generell nach drei statt nach sechs Monaten Zugang zum Arbeitsmarkt gewähren. So hat es Innenminister Dobrindt angekündigt. Das ist ein begrüßenswerter, aber halbherziger Schritt in die richtige Richtung.

Gleichzeitig werden nämlich die Mittel für Sprach- und Integrationskurse zusammengestrichen. Ein Bauunternehmer kommt zwar schneller an einen geflüchteten somalischen Maurer. Aber es ist sein Problem, wie er mit ihm auf der Baustelle kommuniziert. Und was passiert mit dem Maurer, wenn er nach einem Jahr gut in den Betrieb integriert ist und sein Asylantrag

abgelehnt wird? Nach Dobrindts Plan muss er dann Deutschland freiwillig verlassen oder er wird abgeschoben.

Aus der Sicht des Unternehmers heißt das, er hat auf einer Baustelle von heute auf morgen einen Mann weniger zur Verfügung und kann unter Umständen Termine nicht halten. Ist für die Bundesregierung in diesem Fall Abschiebung tatsächlich wichtiger als Planungssicherheit für die Wirtschaft?

Besonders ärgerlich ist der staatliche Umgang mit geflüchteten Jugendlichen. Sie sind auf Initiative ihrer Eltern und nicht durch eigenen Entschluss in Deutschland. Hier haben sie Deutsch gelernt und Schulabschlüsse gemacht. Die OP hat ausführlich über einen jungen Mann berichtet, der sich nach einem Realschulabschluss mit der Durchschnittsnote 1,8 erfolgreich um einen

Ausbildungsplatz als Medizinischer Technologe für Radiologie beworben hatte. Nach Eintritt der Volljährigkeit sollte er abgeschoben werden, weil er keinen eigenständigen Asyl- und Schutzanspruch hatte. Massive öffentliche Proteste, die Initiative des Ausbildungsbetriebs und nicht zuletzt der hartnäckige Einsatz des SPD-Landtagsabgeordneten Sebastian Sack führten schließlich dazu, dass die Abschiebung abgewendet werden konnte.

Marburgs Arztpraxen und Kliniken können künftig auf einen qualifizierten Mitarbeiter mehr zurückgreifen. Menschlichkeit und wirtschaftliche Vernunft sollen wirklich einfacher umzusetzen sein. Dobrindt und die Bundesregierung haben noch viel zu tun.

*Dr. Kurt Bunke,
Cölbe*

Verantwortung statt Inszenierung

Leserbrief zur Berichterstattung über Sidat Saleem:

Die Oberhessische Presse berichtete ausführlich über die Rückkehr von Sidat Saleem. Nach allem, was bekannt ist, erfolgte diese über ein reguläres ausländerrechtliches Verfahren, das grundsätzlich allen ausländischen Personen offensteht.

Umso befremdlicher wirkt, in welchem Umfang die Rolle des Listen-Landtagsabgeordneten Sebastian Sack hervorgehoben wird. Gerade im laufenden Wahlkampf entsteht der Eindruck, dass hier ein reguläres Verwaltungsverfahren zur politischen Profilierung genutzt wird. Dieser Eindruck drängt sich zumindest auf.

Wer die parlamentarische Praxis kennt, weiß: Der Petitionsausschuss des Hessischen

Landtags arbeitet parteiübergreifend, sachorientiert und bewusst vertraulich. Lösungen entstehen häufig im Stillen, weil Vertrauen und diskrete Zusammenarbeit die Grundlage für humane und rechtssichere Entscheidungen bilden. Öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung in diesem sensiblen Bereich gilt nicht ohne Grund als schädlich.

Tatsächlich setzen sich Abgeordnete verschiedener Fraktionen – etwa Frau Dorn (Grüne), Frau Deißler (FDP) und Herr Bamberger (CDU) – seit Jahren engagiert für Anliegen aus der Region ein. Dazu gehören auch komplexe ausländerrechtliche Petitionen, teils mit betroffenen Kindern. Lösungen wurden gefunden – ohne Kameras, ohne Schlagzeilen.

Herr Bamberger hat darüber hinaus mit außergewöhnlicher Beharrlichkeit die Interessen gehörloser Menschen vertreten und sogar ein entsprechendes Gesetz initiiert – gegen politische Widerstände. Über dieses Engagement war in der Berichterstattung hingegen kaum etwas zu lesen.

Wenn vertrauliche parlamentarische Verfahren zur Wahlkampfbühne werden und mediale Aufmerksamkeit selektiv verteilt wird, beschädigt das Vertrauen auch in politische Institutionen.

Politik braucht Verantwortung statt Inszenierung – und Respekt vor der stillen Arbeit, die wirklich Menschen hilft.

*Theodor Götzhäuser,
Marburg*